

Verantwortl. Redakteur: N. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: N. Grafmann in Stettin, Kirchplatz 3-4

Annahme von Anzeigen Kohlmart 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: H. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Döbner,
Invalidentent, Berlin Verh. Anst. Mar. Gerstmann,
Eberfeld W. Thieme, Greifswald G. Altes, Halle a. S.
J. A. Barck & Co. Hamburg Joh. Neumann, A. Steiner,
Wilmann Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Herr. Fischer. Kopenhagen Aug. S. Wolff & Co.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 M. 50 Pf., mit Botenlohn 2 M.

Anzeigen: die Kleinseite oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Restanten 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Vom Fürsten Bismarck

weiß ein Gewährsmann der „Leipz. N. Nachr.“
folgendes zu berichten:

Der Fürst war kürzlich nicht unerheblich
erkältet, befindet sich zur Zeit aber wieder wohl.
Den politischen Angelegenheiten widmet er be-
sondere Aufmerksamkeit, und rüht das Gleiche
Allen, welche die Entwicklung des politischen
Lebens in Deutschland zu beobachten in der Lage
sind. Er glaubt, daß die Polen noch immer in
der Lage sind, viel Unheil zu stiften durch ihr
natürliches Talent zur Intrigue und zur Ver-
schwörung, sowie durch die Vervielfältigung ihrer
Beziehungen nicht nur nach oben hin, sondern
auch zur Sozialdemokratie, zum Zentrum u. s. w.

Wenn in einem Artikel, den die „Damb. Nachr.“
kürzlich über den sozialdemokratischen Parteitag
brachten, gesagt wurde, es liege in der Partei-
nahme des letzteren für den Polonismus ein
sehr viel tieferer Sinn, als man auf den ersten
Blick anzunehmen geneigt sei, und die militärischen
Zugeständnisse, die von einzelnen Männern unter
der Voraussetzung, daß andere Skandone gegen
Rußland Verwendung fänden, gemacht worden
seien, würden sich besonders interessante Streif-
lichter auf diese Seite der Angelegenheit, so
haben wir allen Grund zu der Annahme, daß
hierin die Auffassung des Fürsten Bismarck zum
Ausdruck gebracht worden ist. Er betrachtet die
politische Frage als die wichtigste nach der sozial-
demokratischen und ist der Ansicht, daß ihre
richtige oder unrichtige Behandlung nicht nur
für die Entwicklung unserer inneren Politik,
sondern auch für die Gestaltung unserer Ver-
hältnisse zum Auslande, namentlich zu Ruß-
land, von großer Bedeutung ist.

Welche Gefahr der Fürst dem zunehmenden
Prävalieren des polnischen Einflusses in dem ver-
bündeten Oesterreich-Ungarn bemerkt, muß ich
dahingestellt sein lassen, sicher aber ist, daß er,
als vor einigen Jahren die Verbrüderungsfeste
der preussischen und österreichischen Polen in
Lemberg stattfanden, er nicht ohne Besorgnis
hinichtlich des Uebergreifens des österreichischen
Polonismus auf das preussische Gebiet war. Die
damals gehaltenen Reden und die ganze Auf-
nahme, welche den preussisch-polnischen Einflüssen
in Lemberg bereitet worden war, berührten nach
seiner Auffassung in unseren nahen Beziehungen
zu Oesterreich-Ungarn eine bedenkliche Seite, die
durch die Gemeinsamkeit der Interessen beider
Staatsreiche nicht getadelt sei, eben die politische.
Der Fürst geht, soviel ich weiß, von der Ansicht
aus, die ich übrigens auch schon in den „Damb.
Nachr.“ vertreten gefunden habe, daß Oesterreich-
Ungarn keine in letzter Instanz genügenden
Gründe besitze, den polnischen Bestrebungen en-
gegenzutreten, für Preußen aber sei die politische
Frage ein noli me tangere, und vergleichsweise
sehr viel realer und unmittelbarer
Wichtigkeit als die Balkanfrage für den öster-
reichisch-ungarischen Staat jemals gewinnen
können.

In Bezug auf unsere Kolonialpolitik ist der
Fürst, wie ich höre, noch immer der Ansicht, daß
der Kaufmann in unseren Schutzgebieten zu sehr
in den Vordergrund tritt, was er sehr bedauert.
Er hat als Kaiser von Anfang der Kolonial-
politik an stets den Standpunkt vertreten, daß
vor Allem die Kaufleute in den Kolonien Ver-
sicherung und Förderung erfahren sollten und
daß die Ausdehnung der politischen Machtphäre
hauptsächlich der kolonialistischen Thätigkeit der
deutschen Kaufleute folgen solle; aber er habe
gegen den Widerstand seiner militärischen Mi-
nisterkollegen, des Kriegs- und Marineministers,
seinen Plan der kolonialen Organisation nicht
durchsetzen können, dadurch seien die jetzigen, aus
militärischen und bürokratischen Uebergriffen
berühnenden Uebelstände möglich geworden.

Die Frage des Bismarck-Denkmalis giebt
natürlich dem Fürsten zuweilen Anlaß zu drasti-
schen Bemerkungen, nach denen zu schließen er
nicht daran glaubt, daß das Denkmal noch in
seiner Lebzeit zu Stande kommen werde. Ge-
hörige Bemerkungen, die er in Zusammenhang
der Denkmalfrage in der demokratischen,
sozialistischen und sonst gesinnungsverwandten
Presse liest, pflegt er wie folgt zu glossieren:
„Solche Schreibereien beweisen mir immer wieder
nur, wie ungebürlich die Leute auf mein Ge-
danken und wie sie froh sein werden, wenn die
alte Materie erst begraben und ein schicklicher
Stranz hingehängt worden ist.“

In einem Gespräch kam kürzlich die Rede
auf Amerika, Cuba u. s. w. Im Verlauf
desselben wurde der Monroe-Doktrin Erwähnung
gethan. Der Fürst äußerte sich dabei über diese
Doktrin etwa folgendermaßen: Er halte sie für
eine ganz außergewöhnliche Inzidenz der großen
Welt gegenüber und eine lediglich auf große
Macht gegründete Gewaltthat allen amerikanischen
und denjenigen europäischen Staaten gegen-
über, die Interessen in Amerika hätten. Es
würde ein Analogon der amerikanischen Ueber-
hebung sein, wenn ein europäischer Staat, etwa
Frankreich oder England den Anspruch erheben
wollte, in Europa keine Verhältnisse der
Grenzen ohne seine Zustimmung erlaubt, oder
wenn in Asien irgend eine vorwiegende Macht,
England oder England, die Prätenzion auf-
stellen wollte, daß dort keine Veränderung der
politischen Verhältnisse ohne ihre Zustimmung
stattfinden dürfe. Die großen Reichthümer, die
der amerikanische Boden seinen Bewohnern
liefere, habe, wie es scheint, einen Theil der
amerikanischen Gesetzgebung zu einer Unterjochung
der Unabhängigkeit anderer amerikanischer oder
europäischer Staaten verleitet.

Nicht ohne historisches Interesse ist auch
eine Ergänzung der bekannten Schilderung
in dem Buchchen „Graf Bismarck und seine
Leute“ über die Ubergangsjahre, die sich während
der Belagerung von Paris in dem von dem
damaligen Bundeskanzler bewohnten Hause der
Madame Joffé in der Rue de Provence in
Paris abspielte, zugetragen haben soll. Der richtige
Vergang ist der nachfolgende: „In dem Arbeits-
raum des Ministers stand eine kleine Bronse-
figur auf dem Kaminsims, die einen sitzenden
Teufel mit großen Flügeln darstellte, der sich die
Nagel benagelte: der rechte Teufel. Diese
Statuette, nicht die Uhr, wünschte Graf Bismarck
käuflich zu erwerben. Madame Joffé gab aber
darauf nicht ein und gab vor, daß sich eine
Familienerinnerung an diese Figur knüpfte,
woran der Bundeskanzler von dem beabsichtigten
Ankauf natürlich Abstand nahm. Allerdings
sicht jetzt auf dem Friedrichsruher Kaminsims

ebenfalls jene Statuette, aber es ist nicht die
der Madame Joffé, sondern sie ist von einem
Pariser Händler gekauft, der die ursprüngliche
Figur seiner Zeit in das Joffésche Haus gefer-
tigt hatte und dessen Adresse durch den Grafen
Bismarck ermittelt worden war. Bei dieser Gelegen-
heit wurde auch erwähnt, daß der jetzt in Fried-
richsruh stehende Mahagoni-Klappstuhl, auf dem
seiner Zeit die Unterzeichnung der Versaille-
Friedensbedingungen stattfand, der Madame
Joffé nicht „einfach fortgenommen“, sondern auf
Anlaß von Landsteuten des Kanzlers im Joffés-
chen Hause durch einen vollkommen gleichen er-
setzt worden ist, während das Original zu späterer
Zeit von den Erwerbern dem Fürsten Bismarck
zum Geschenk gemacht worden ist.

In neuerer Zeit häufen sich in Friedrichs-
ruh die Gesuche aus nah und fern um Unter-
zeichnung eingesandter photographischer Bildnisse
des Fürsten mit dessen Namensunterschrift. Es
ist natürlich nicht daran zu denken, daß der
Fürst allen diesen Zummuthungen entspreche,
außerdem hat er es sich längst zur Regel ge-
macht, ein derartiges Autogramm nur seinen
persönlichen Bekannten zu gewähren. Das fürst-
liche Sekretariat besitz lithographirte Formulare,
welche den Abnehmern solcher Bildern dies mit-
theilen.

Aus dem Reiche.

Der Großherzog von Baden hat dem
Generaloberst Grafen von Waldsee den Orden
der Treue und dem Königl. italienischen Militär-
attaché Oberst Prudente in Berlin das Kom-
mandenkrenz des Ordens vom Fürstlichen Löwen
verliehen. — Dr. über das Befinden der Per-
sonen von Sachsen-Altenburg ausgegebene
Strenghheitsbericht vom 18. d. M. lautet: „Gehten
pöblich stark Schleimabsonderung in den Luft-
wegen, dadurch Athemnoth und quälender Husten
— nach leiblich verdrängter Nacht Zustand heute
etwas zufriedener.“ — Wie die „Frankf.
Zeitung“ meldet, ist der Mineralog Dr. Otto
Vogler, der Begründer und langjährige Leiter
des freien deutschen Hochschuls im Goethebau-
se, in Sulzbach bei Soden gestorben. — Bei der
vierten Hauptversammlung des deutschen Patrio-
tenbundes zur Errichtung eines Bismarck-
Denkmalis bei Leipzig wurde beschlossen,
den Entwurf von Professor Schmitz in Char-
lottenburg bestimmt zur Ausführung zu bringen.
Er erfordert einen Kostenaufwand von 1250 000
Mark. Nach dem Stassenbericht sind im ver-
gangenen Jahre 53 612,72 Mark gesammelt
worden. Die Preislisten sind beantragt
16 118,75 Mark; dem Denkmalfonds selbst
wurden im verfloffenen Jahre 23 968,75 Mark
zugeführt, so daß er jetzt 160 000 Mark beträgt.
— Vater Wäster aus Paris, von der Kon-
gregation der Wäster vom heiligen Geist, der sich
seit zwei Tagen bei Verwandten in Marko-
heim aufhält, wurde aufgefordert, das reichs-
ländische Gebiet zu verlassen. — In einer
Vertheilungsschlichtung vor dem Landgericht Hagen
gute ein Rechtsanwalt die Behauptung auf-
stellte, daß die Manipulation, Verleumdung und
überschüssiges im Verdict gesammeltes Bier dem
zunächst kommenden Biere in kleineren
Quantitäten zuzufügen, bei den Wirtinnen im
Allgemeinen vorzunehmen pflegte. Hiergegen
hat der Bund deutscher Gastwirthe, der be-
stimmlich in Leipzig seinen Sitz hat, durch seinen
Vorsitzenden Herrn Jacius energisch Verwahrung
eingelegt, und zwar in einem von den Rechtsan-
wältin Dr. Hopson und Dr. Nieboldt hierseits
verfaßten Schreiben an die „Hohenzollernschen
Blätter“, die in dem Bericht über die betreffende
Verichtsverhandlung jene Äußerung wieder-
geben hatten. Der Bund deutscher Gastwirthe
fordert den Hagen'schen Rechtsanwalt auf, seine
den Gastwirthsstand im Allgemeinen schwer be-
leidigenden Verächtlichkeiten zu beweisen. — Die
Oder-Schiffahrtsinteressenten halten den
unter dem 18. Juli veröffentlichten Abgabentarif,
wonach für das jedesmalige Befahren einer der
16 Staufen zwischen Steser und Breslau für
2. Klasse 1 1/2 Pfg. pro Tonne bzw. für jede
angefangene Tonne Gewicht erhoben werden
sollen, für viel zu hoch. In einer in Breslau
abgehaltenen Konferenz haben dieselben deshalb
beschlossen, an die Staatsregierung eine Vor-
stellung zu richten, auf die Verbilligung der
Schiffsrachten mehr Rücksicht nehmen zu wollen.
Entsprechend dem Abgabentarif für den Dort-
mund-Gesohafenkanal, nach welchem für jede
Schleuse nur 1/2 Pfg. pro Tonne für Schiffe
von 700 Tonnen Tragfähigkeit zu entrichten ist,
halten dieselben 1/4 Pfg. pro Tonne für die
Dortschiffe von nur 150 Tonnen Tragfähigkeit
für angemessen und erträglich, umso mehr als bei
der Erhebung zwei Drittel der Tragfähigkeit des
Schiffes, nicht die wirkliche Ladung, zur Berech-
nung kommen sollen, die Dortschiffe aber zumest
die Reife von Breslau nach Stettin nur mit
halber Ladung machen, nur an 21 Tagen im
Jahre könne man mit einer vollen Ladung
rechnen.

Deutschland.

Berlin, 20. Oktober. Der Kaiser stattete
gestern Nachmittag in Wiesbaden dem Oberhof-
marschall von Liebenau einen Besuch ab; darauf
unternahm die kaiserliche Familie eine Spazier-
fahrt zur Leichweihöhe, die eingehend be-
sichtigt wurde. Nach dem Theater wohnte der
Kaiser einer musikalisch-dellamatorischen Abends-
unterhaltung beim Zinckenbän von Hülsen bei.
Zu Ehren des russischen Kaisers, der sich zum
Besuch bei dem Kaiser in Wiesbaden angelagt
hat und dort heute eintrifft, wird im königlichen
Schloße ein großes Festmahl stattfinden.

Prinz und Prinzessin Heinrich nahmen
gestern in Darmstadt gemeinsam mit den russi-
schen Majestäten und dem Großherzog und der
Großherzogin von Hessen im Neuen Palais das
Mittagsmahl ein. Nachmittags wurde der
König Tennis-Platz und Abends das Hoftheater
besucht, wo Grillparzer's „Wes' dem, der liegt“
aufgeführt wurde.

Der neu ernannte dienstthuende Flügel-
adjutant des Kaisers Major von Pribelwitz ist
im Kadettenkorps erzogen und am 28. April
1872 als Sekonde-Lieutenant beim 1. Garde-
Regiment z. F. eingetriedt worden. Vereits 1875
wurde er Bataillons- und 1877 Regimentz-
adjutant. 1881 wurde er Premier-Lieutenant

und erhielt ein Kommando zur Kriegsakademie,
wo er bis 1884 blieb. 1887 rückte er zum
Hauptmann und Kompaniechef im 1. Garde-
Regiment auf; 1890 wurde er in den großen
Generalstab berufen und zur Gesandtschaft nach
München kommandirt. In diesem Kommando
rückte er 1892 zum Major auf. 1894 kam er
zum Generalstab der 2. Garde-Infanterie-
Division und 1896 zum Generalstab des Garde-
korps. Seit 22. März 1897 war er Komman-
deur des 2. Bataillons des 1. Garde-Regiments
z. F. Jetzt ist er bei seiner Ernennung zum
Stiefeladjutanten außer der Reihenfolge zum
Oberlieutenant befördert.

Bei dem feierlichen Enthüllung des Denk-
malis folgte, wurde an den Fürsten Bismarck
folgendes Telegramm abgeandt:
„Auf Schroffer Höhe ragt der selbe Red.,
Der Drachentöbter, der das Reich errichtet,
Einmal, doch nicht verlassen,
Denn treu ist ihm das deutsche Volk geblieben,
Und jubelnd bringen wir vor Deinem Wibe
Dir dankbar unsern heuten Segenswunsch!“

Ihrem Ehrenbürger die Bürger Leipzigs.
Dr. Georgi. Stadtrath Gruener.
Dem Grafen Herbert Bismarck wurde an-
fänglich der heutigen Laufe seines Sohnes nach-
stehendes Telegramm übermittelt:
„Entel mögen kraftvoll walten,
Schwermürrung's zu erbalten.“

Dem jüngsten Enkel des Fürsten Bismarck
die zur Feier der Enthüllung des Bismarck-
Denkmalis versammelten Leipziger.
— Sechs sozialdemokratische Volksversammlun-
gen fanden gestern Abend in den sechs Ver-
liner Reichstagswahlkreisen statt, in welchen die
Vertrauensleute und Mitglieder der Kreisver-
sammlungen Bericht zu erstatten hatten, die Verwal-
tungen dieser Kommissionen stattfanden und Referate
über den Parteitag gehalten wurden. In allen
Versammlungen wurde Mittheilung von dem
pöblichen Tode des Reichstagsabgeordneten
Grillenberger gegeben, welcher noch am Vor-
mittage im bairischen Landtage eine längere
Rede gehalten und wenige Stunden später, auf
dem Heimwege begriffen, einem Schlaganfall er-
lag. Bei den Referaten über den Parteitag ver-
amlahte hauptsächlich die Frage der Vetheiligung
an den Landtagswahlen eine lebhaftest Dis-
kussion; die meisten Redner sprachen sich im Sinne des
Befchlusses des Parteitages aus. In dem großen
Saale der Akademie, wofelbst eine Anzahl
sozialdemokratischer Abgeordnete erschienen waren,
wurde Bebel heftig von dem Stadtvorordneten
Zubeil wegen der Einbringung seiner Resolution
auf dem Parteitag betreffend Vetheiligung bei
den Landtagswahlen angegriffen. Der Abgeor-
nete legte der Versammlung in einer einständigen
hochinteressanten Rede die Gründe zu seiner
Vandlungsweise dar und behauptet lebhaft, daß
die Resolution von dem Parteitage abgelehrt
worden sei. Wenn man bei den Landtagswahlen
nicht die bürgerliche Opposition unterstütze und
sich auf den einseitigen Standpunkt stelle, nur
sozialdemokratische Wahlmänner zu wählen, so
bedeute dies ein Sieg der Reaktion. Wegen die
Anwendungen sozialdemokratischer Blätter, daß
die Reichstagsfraktion geneigt sei, militärische
Forderungen zu bewilligen, protestirte Bebel aus
sehr heftige. Die Versammlungen verliefen
durchaus ruhig.

Der Entwurf eines Gesetzes über die
Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
wurde jetzt im Reichsanz. veröffentlicht. Der
Gesetzentwurf besteht aus 189 Paragraphen.
Der erste Abschnitt enthält einige allgemeine
Vorschriften, der zweite behandelt die Vormunds-
schaftsachen, der dritte die Annahme an Kindes-
statt, der vierte den Personstand, der fünfte die
Nachlaß- und Theilungssachen, der sechste das
Schiffpandrecht, der siebente Pandelsachen, der
achte Vereinsachen und Güterregister, der
neunte den Pfandrecht, Unterpfand und
Verwahrung von Sachen und Pfandverkauf, der
zehnte die gerichtliche u. notariellen Urkunden.
Der erste Abschnitt enthält die Schluß-
bestimmungen; § 175 heißt, daß das Gesetz
gleichzeitig mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch in
Kraft tritt; § 189 bestimmt: Durch Landesgesetz
können Vorschriften zur Ergänzung und Aus-
führung dieses Gesetzes, mit Einwirkung der
erforderlichen Uebergangsvorschriften, auch insoweit
erlassen werden, als dieses Gesetz Vorbehalte für
die Landesgesetzgebung nicht enthält.

Die rheinische Ärztekammer hat sich für
den neuen Entwurf über staatliche Ehrengerichte
ausgesprochen. Dies Urtheil ist das erste einer
Ärztekammer, das zu Gunsten des Entwurfes
lautet. Ueberwiegend ist das für den Kenner der
Verhältnisse nicht. Die rheinische Ärztekammer
stand von je her in allen Fragen des ärztlichen
Standes auf der Seite derjenigen, die für die
Einschränkung der Freiheit des ärztlichen Standes
sind. Ihr Vorsitzender, Geheimrath Dr. Lent
(Köln), ist einer der Mitunterzeichner der schon
mehrfach besprochenen Eingabe an den Medizin-
minister, worin unter Hinweis auf die Gefahr,
daß das Gift der Sozialdemokratie noch mehr in
den Ärztestand eindringe, eine Erweiterung der
Disziplinargewalt der Ärztekammern erbeten
wurde. Die rheinische Ärztekammer faßte fol-
genden Beschluß:
„Die Ärztekammer hält nach wie vor ein
Gesetz betreffend die ärztlichen Ehrengerichte für
völlig notwendig, sieht daher von der Wieder-
holung milder wichtiger Wünsche und früherer
Beschlüsse im Interesse des Zustandekommens des
Gesetzes ab, geht aber dem Ausschusse der
preussischen Ärztekammer einige wichtige An-
forderungsvorschläge mit möglichsten Berücksich-
tigung mit.“

Von diesen Abänderungsvorschlägen hat einer
besonders Interesse, der die Bildung des Ehre-
ngerichtshofes betrifft. Selbst die rheinische
Ärztekammer verlangt, daß in den Ehrengerichts-
hof beamtete und Militärärzte nicht kommen
sollen. Zu diesem Kernpunkte laufen jetzt Nach-
richten an, die geeignet sind, die Sachlage zu
verwirren. So erwählte Geheimrath Dr. Weder
in der Berliner Ärztekammer nebenher, im
Medizinministerium sich privatim äußert wor-
den, es würden unter den von Könige zu er-
nennenden Mitgliedern des Ehrengerichtshofes
beamtete und Militärärzte nicht sein. Welche
Vorgeschichte aber bietet die private Äußerung
eines Ministerialbeamten? Dieser hat jetzt nicht
einmal in der Hand, seine Äußerung wahr zu
machen; für die Zukunft vollends, wenn er nicht

mehr im Amte ist — und dies kann bald sein —
kann er nichts versprechen. Mit dieser Neu-
setzung, die den neuen Entwurf annehmbarer
machen soll, zu rechnen, wäre zum Mindesten
unthunlich. Die „Köln. Ztg.“ übernimmt es, die
Vaktung der rheinischen Ärztekammer zu recht-
fertigen, und ruft dabei die preussischen Ärzte zu
Eideshelfern auf, „die den Segen ärztlicher
Ehrengerichte im könnigreiche Sachsen mit neid-
lichen Augen beobachten“. Die Berufung auf
Sachsen ist recht unglücklich. Gerade jetzt erregt
es allgemeinen Unwillen im Ärztestande, daß die
sächsische Regierung die Landesorganisation der
Ärzte den Krankenkassen zu Viede in einem
Honorarfreite zwischen den Ärzten und Kranken-
kassen preisgegeben hat. Das Vorgehen hat
manchen grundtäglichen Anhänger staatlicher
Ehrengerichtsbartigkeit kühlig gemacht.

Die bisherigen nicht gerade günstigen
Erfahrungen, die mit dem Auerbenrecht gemacht
worden sind, scheinen die preussische Regierung
nicht entmuthigt zu haben. Wie die „Nat.-Lib.
Korr.“ erzählt, wird dem Abgeordnetenhaufe in
der kommenden Tagung ein Gesetzentwurf über
die Einführung des Auerbenrechtes in der Pro-
vinz Westfalen zugehen. Der Gesetzentwurf soll
durch einen vor längerer Zeit gefaßten Beschluß
des westfälischen Provinziallandtages veranlaßt
worden sein.

Die juristische Fakultät der Universität in
Göttingen hat dem Bunsche Ausdruck gegeben,
erledigte Prosehaften zu akademischen Unterrichts-
zwecken zeitweilig überlassen zu erhalten, und
dabei erklärt, lediglih Auszüge aus diesen Akten
mit Unkenntlichmachung der Namen der Parteien,
Anwände und Gerichte den Studierenden mit-
theilen zu wollen. Da der Justizminister in der
Vernehmung solcher Auszüge zu Lehrzwecken eine
wesentliche Förderung des Universitätsunterrichts
erblickt, hat er den Landgerichtspräsidenten zu
Göttingen und gleichmäßig die anderen Land-
gerichtspräsidenten unserer Universitätsstädte ver-
anlaßt, den betreffenden juristischen Fakultäten
für diejenigen Professoren des Landgerichtsbereichs,
welche die oben angegebene Erklärung abgeben,
erledigte Prosehaften, soweit sie nicht für die
Justizprüfungscommission gebraucht werden, zeit-
weilig zur Ansicht herabzulassen zu lassen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 19. Oktober. Im Abgeordneten-
haufe herrschte heute volle Ostruktion. Mittags
mühte die Sitzung nach der dritten namentlichen
Abstimmung in Folge der durch Käffigkeit der
Rechten und absichtlicher Entfernung der Linken
entstandenen Beschlußunfähigkeit geschlossen wer-
den. In der Abenditzung, die um 6 1/4 Uhr be-
gann, wurde die Ostruktion durch weitere An-
träge auf namentliche Abstimmungen fortgesetzt,
nachdem der deutignationale Abg. Wolf die An-
beraumung einer Abenditzung beantragt hatte.
Dabei herrschte auf beiden Seiten des Hauses
eine überaus gereizte Stimmung, insbesondere
als der Vizepräsident Abrahamowitsch den Vorsitz
übernahm und die Linke in kleinlicher Weise zu
argern suchte. Es gab fortgesetzt Zusammenstöße
und heftige Zwischenrufe. Um 10 Uhr begann
die achte namentliche Abstimmung, so daß mit
den Abstimmungen des Mittags bereits der erste
Namensaufruf stattfand. Das Ende der Abend-
itzung ist vorläufig nicht abzusehen; man glaubt,
daß die Jühler der Rechten bald zu den äußer-
sten Mitteln greifen werden, um der Ostruktion
beizukommen.

Frankreich.

Paris, 19. Oktober. Die Delegirten der
Stadt Paris, welche der Enthüllung des Be-
gabungs-Denkmalis in Gatteaubun bewohnen
sollten, blieben der Feier fern, weil der Marine-
minister verlangte, daß sie ihm vorher den Wort-
laut ihrer etwaigen Reden mitzubereiten sollten.
Aus denselben Gründe lehnte Deroulade die
Theilnahme an der Feier ab.

Italien.

Mailand, 19. Oktober. Der König und
die Königin sowie der Prinz und die Prinzessin
von Neapel trafen heute hier ein, um feierlich
theilzunehmen in der historischen und in der musik-
matischen Gesellschaftsbeziehung. Den hohen
Herrschaften, insbesondere dem Kronprinzen und
der Kronprinzessin, welche nach ihrer Vermählung
zum ersten Male hierhergekommen sind, wurden
von allen Schichten der Bevölkerung begeisterte
Gulobigungen dargebracht.

Spanien und Portugal.

Barcelona, 19. Oktober. Beigangene Nacht
erfolgte die Freilassung aller jener Personen,
welche als Anarchisten gefangen lagen, aber in
keinem Prozeß verwickelt sind.

England.

London, 19. Oktober. Nach einer Meldung
des „Neuer'schen Bureaus“ aus Adhamed vom
17. d. Mts. überfiel eine Patrouille britischer
Dermische eine Drißigst 7 Meilen nördlich von
Berber, tödtete 11 Einwohner, nahm eine Anzahl
Weiber und Kinder gefangen und trieb Vieh weg.
Von Berber aus zur Verfolgung der Dermische
entstandene britische Truppen trafen mit denselben
15 Meilen östlich von Berber zusammen. Nach
heftigen Kämpfen ließen die Dermische alle Ge-
fangenen und die Beute im Stich und flohen in
der Richtung auf den Atbara.

Arbeiterbewegung.

Für die streikenden Maschinenbauer
Englands sind in der Zeit vom 8. bis 15.
Oktober bei dem Vorsitzenden der Generalstreik-
commission in Damburg, dem sozialdemokratischen
Abgeordneten Legien 4480 Mark eingegangen;
hierunter befindet sich ein Posten von 2000
Mark, welche der Zentralverein der Bildhauer
hergegeben hat. In einem neuen Aufsatz bemerkt
die Generalstreikcommission: „Verfügen die
deutschen Gewerkschaften auch in Folge der
Stämpfe der letzten beiden Jahre nicht über große
Summen, so sind doch die Kräfte keineswegs er-
schöpft, und die stets bewiesene Hilfsbereitschaft
der deutschen Arbeiter wird auch in diesem Kampf
sich zeigen.“

Paris, 19. Oktober. Ein Frauenausschuss
droht in den Vierteln Vendome und Caillon,
zwischen der Madeleine und der Börse, aus-
zubrechen. Es sind die Arbeiterinnen der vor-
genommen Damenkleidmacher, die in diesen

Vierteln ihren Sitz haben, welche deshalb auch
als die Geburtsstätten der neuen Moden an-
gesehen werden müssen. Trotz des Gesetzes, das
die Dauer der Frauenarbeit beschränkt, lassen
die Betriebsinhaber ihre Gehilfinnen bis 10 oder
11 Uhr Abends arbeiten. Wenn die Arbeits-
inspektoren kommen, sind die Arbeiterinnen in
Rebegimmern verschwunden, der Arbeitsaal
sieht leer. Da die meisten der Arbeiterinnen
sehr weit entfernt wohnen, sind sie zur späten
Stunde den Angriffen der Taugenichtse aus-
gesetzt, die in den einsamen Vierteln und Straßen
nie fehlen, und werden oft ihres Wochenlohnes
beraubt. Die Arbeiterinnen getrauen sich nicht,
dergleichen anzuzeigen, denn dadurch käme auch
der Mißbrauch der verbotenen Nacharbeit
heraus, und die Betriebsinhaber würden die be-
raubten Arbeiterinnen noch obendrein fortjücken.
Deshalb bereiten die Arbeiterinnen jetzt einen
Ausschuss vor, der eben nur zum Ziel führen
kann, wenn alle sich daran betheiligen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 20. Oktober. Die Karte nbriefe
sollen, wie die Reichspostbehörde angeordnet hat,
von den Orts- und Landbriefträgern zum Ver-
satz für das Publikum vom 1. November cr. ab
mitgeführt werden.

Im Exerzierhause an der verlängerten
Friedrichstraße fand heute Mittag die feierliche
Uebergabe der dem 148. Infanterie-
Regiment verliehenen neuen Fahnen
statt. Die Fahnenkompagnie nahm die beiden
Feldzeichen auf dem Bahnhof unter den üblichen
Ehrenbezeugungen in Empfang und führte die-
selben mit klingendem Spiel nach dem Exerzier-
hause, wofelbst das Regiment in Parade aufge-
stellt war. Zahlreiche hochgestellte Offiziere, dar-
unter die Kommandeure der hier in Garnison
befindlichen Truppenteile, hatten sich zu dem
militärischen Festakte eingefunden, die Generalität
war vollzählig erschienen mit dem komman-
dierenden General des 2. Armeekorps, Excellenz
von Lomberg an der Spitze. Auch einige
Damen waren zugegen. Der Kommandeur des
148. Regiments, Herr Oberst von Baczeksly
und Tenczin vollzog die Uebergabe der
Fahnen mit einer feinnigen Ansprache und brachte
ein dreifaches „Hurrah“ auf den obersten Kriegs-
herrn aus. Sodann ordneten sich die Batail-
lone vor dem Exerzierhause in der Friedrichs-
straße und desfilirten in Sektionskolonnen, die
Rekruten ohne Gewehr, vor den Feldzeichen.
Letztere wurden sodann nach dem Generalkom-
mando abgebracht.

Heute Vormittag fand die landes-
polizeiliche Abnahme der für den elektri-
schen Betrieb neu eingerichteten Straßen-
bahnrecken Cap-Scheri-Friedhof und Grä-
ben-Frauenthorf statt, die Eröffnung des Be-
triebes dürfte nunmehr in allerzürzester Zeit,
wahrscheinlich am Freitag zugleich mit der Ein-
führung des Schuppenmilitärs erfolgen. Die
zur Revision der Strecken bereitgestellten Wagen
fahren von der Wollschstraße zunächst nach dem
Königlichen Friedhof hinaus, dann zurück bis zum
Königsthor und von dort nach Frauenthor, dort
wurde ein kleiner Umzug eingenommen und
sodann die Fahrt nach Cap-Scheri angetreten,
worauf sich noch eine Vetheiligung der Kraft-
station im Dornwedepark anschloß.

Der dieser Tage hierseits im Alter von
63 Jahren verstorbenen General-Lieutenant z. D.
Friedrich Balzer v. Strang wurde am
30. März 1829 zu Düsseldorf geboren und trat
1846 beim 1. Kürassier-Regiment ein. 1869
wurde er etatsmäßiger Stabsoffizier im 14.
Lanzen-Regiment. Am 1. Januar 1872 wurde
Major v. Str. mit der Führung des 24. Dra-
goner-Regiments beauftragt und am 3. Sep-
tember 1872 zum Kommandeur des Regiments
ernannt. Im Jahre darauf erfolgte seine Ver-
förderung zum Oberlieutenant, 1875 zum
Obersten, am 25. September 1880 wurde er
Kommandeur der 13. Kavallerie-Brigade. Nach
seiner 1881 erfolgten Beförderung zum General-
major wurde ihm am 8. März 1883 das Kom-
mando der 28. Kavallerie-Brigade übertragen.
Am 14. Februar 1885 wurde er in Genehmigung
seines Abschiedsgesuchs zur Disposition ge-
stellt. Am 90. Geburtstag Kaiser Wilhelms I.,
am 22. März 1887, wurde ihm der Charakter
als General-Lieutenant verliehen.

Ein Gewitter im Oktober ge-
hört zu den Seltenheiten, besonders wenn es
mit solcher Heftigkeit auftritt, als in letzter Nacht
hier. Zwischen 1—2 Uhr wurden die Schläfer
aus der Ruhe geschreckt, Donner folgte auf
Donner und taghell erhellten die Blitze die
Zimmer, dabei hatte sich ein heftiger Sturm er-
goben, welcher den Bäumen die letzten Blätter
raubte. Zum Glück scheint kein größerer Schaden
verursacht zu sein, denn bisher ist keine Meldung
von einem Mißgelingen eingegangen.

Als dritte Vorstellung im Erdemann-
Zyklus gelangt Sonnabend im Bellevue-
Theater „Sodoms Ende“ bei kleinen Preisen
zur Aufführung.

Der „Berliner ehemaliger Kamer-
aden der Artillerie“ begeht die Feier
seines diesjährigen Stiftungsfestes am Sonn-
abend in den Germania-Sälen.

Nach einer kürzlich vorgenommenen Chemi-
schen Untersuchung enthält das Wasser der
heftigen städtischen Leitung in 100 000 Theilen
7,85 Theile organischer Substanzen.

In Hause Verbindungsfrage 13 wurden
heute früh durch den in Strömen nieder-
gegangenen Regen die Kellerräume überflutet.
Die Feuerwehr entsandte die Handdruckpumpen zur
Hülfeleistung.

Auf dem heutigen Wochenmarkte wurden
für Feisch folgende Preise erzielt: Mischfleisch:
steule 1,30, Fäule 1,80, Vorderfleisch 1,20 Mark;
Schweinefleisch: Kotelettes 1,40, Schinken 1,20,
Schank 1,10 Mark; Kalbfleisch: Kotelettes 1,60,
steule 1,50, Vorderfleisch 1,20 Mark; Hammel-
fleisch: Kotelettes 1,40, steule 1,30, Vorderfleisch
1,10 Mark; geräucherter Speck (ausgewogen)
1,80 Mark per Skler. Geringere Fleischsorten
waren 10—20 Pf. billiger. — Bratgänse
wurden mit 48 bis 53 Pf. per Pfund bezahlt.

Seit dem 18. d. M. wird das 28. Jahre
alte in der Restauration Hofmarktstraße 14—15
beschäftigte Dienstmädchen Anna Paul aus
Templin vermisst.

Auf dem Heimwege vom Seeamt ver-
unglückte gestern Abend ein 62jähriger früherer

